Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Fachgruppe Beratung und Therapie

Sprecher:
Friedrich Kassebrock, Diplompsychologe
Bethelweg 22
33617 Bielefeld
Telefon: 0521-32966210
e-mail: psagBeratungTherapie@t-online.de

Datum: 05.06.2013

Stellungnahme Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG

Die Stadt Bielefeld will ab 01.01.2014 über 500 000,- Euro im Bereich der Leistungsverträge einsparen. Bei den Bielefelder Erziehungs- und Familienberatungsstellen ist die geplante Summe mit 150.000,- Euro besonders hoch.

Die Fachgruppe Beratung und Therapie der PSAG hält diese Kürzung fachlich und politisch in keiner Weise für vertretbar.
Der Wegfall dieser Mittel bedeutet einen deutlichen Angriff auf die soziale Infrastruktur in Bielefeld mit fatalen Konsequenzen:

Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern werden neben der städtischen Kürzungssumme von 150.000 Euro **zusätzlich 70.000 Euro an Landesmitteln <u>unwiderruflich</u> verloren** gehen, da diese träger- und stellengebunden sind. Das bedeutet eine **Reduzierung um mehr als 4 Fachkraftstellen in Vollzeit.**

Die Träger der betroffenen Familienberatungsstellen sind gezwungen, folgende Angebote einzuschränken:

- Präventive Arbeit in Form von Sprechstunden in **Kindertageseinrichtungen und Schulen**
- Präventive **Gruppenangebote** für Eltern, Kinder, Jugendliche und (junge) Erwachsene
- Angebote im Bereich der **Paar-, Lebens- und Familienberatung**
- Niedrigschwellige **Krisenintervention und –beratung** in familiären, psychosozialen und suizidalen Krisen
- **Gemeinwesenorientierte Angebote**

Pro Jahr können über **400 Ratsuchende und ihre Familien <u>kein</u> Beratungsangebot** mehr bekommen. Die **Wartezeiten** werden sich deutlich verlängern, **Krisenintervention wird so nicht mehr möglich** sein.

Schon jetzt liegen alle Familienberatungsstellen in Bielefeld gemessen an der Fallzahl pro Fachkraft in Vollzeit deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Die Politik begründet diesen Kürzungsvorschlag damit, dass es in Bielefeld eine Überversorgung mit Beratungsstellen gäbe. Dem widersprechen wir!

Die **Fallzahlen** sind in den letzten Jahren **konstant gestiegen**.[1] Quellen belegen, dass trotz sinkender Kinderzahlen der Bedarf an Beratung in den letzten 17 Jahren um 63 % gestiegen ist. Die Auslastung der Bielefelder Familienberatungsstellen liegt deutlich **über dem Landesdurchschnitt**.

Die von der Verwaltung angegebenen Zahlen zur **Ausstattung anderer Kommunen** mit Familienberatungsstellen, mit denen die Überversorgung begründet wird, sind laut Auskunft der Spitzenverbände nicht zutreffend.

Zudem wird mit Versorgungszahlen aus dem Jahr 1999 argumentiert, die ausschließlich an Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre ausgerichtet sind. Das ist aus unserer Sicht fachlich nicht vertretbar. Familienberatungsstellen beraten und versorgen nicht nur Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Der Personenkreis ist laut Landesrichtlinien deutlich weiter gefasst. Außerdem haben sich die Lebenswelten von Familien in den letzten Jahren erheblich verändert. Probleme und Themen sind komplexer geworden, was sich auf Fallzahlen und Beratungsprozesse deutlich auswirkt.

Die PSAG Fachgruppe Beratung und Therapie fordert die Politik auf, die geplanten Kürzungen bei den Familienberatungsstellen zurückzunehmen, da diese einen massiven Angriff auf die soziale Infrastruktur in Bielefeld darstellen, der nicht vom bestehenden System kompensiert werden kann und perspektivisch zu Mehrkosten (auch in anderen Bereichen der Hilfen zur Erziehung) führen wird!

[1] „Memorandum zur Zukunft für Erziehungsberatung, bke 2012, S. 17)